Stadt Kamen

Niederschrift

über die
2. Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 19.06.2007
in der Stadthalle

Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Frau Gabriele Bartosch
Herr Robert Biedermann
Frau Christel Ciecior
Frau Britta Dreher
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Frau Annette Mann
Herr Jochen Müller
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Frau Ingried Borowiak
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing

Frau Susanne Middendorf
Herr Rüdiger Plümpe
Frau Ina Scharrenbach
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Franz Hugo Weber
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Frau Bettina Werning

FDP
Herr Detlef Knop

BG (neu)
Herr Hans-Peter Kaminski
Herr Dieter Kloß

fraktionslos
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher
Herr Heinrich Baumann
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten
Frau Ursula Lungenhausen

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Herr Reinhard Lantin
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Sonja Richard
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Herr Dr. Jörg Frey
Herr Christian Voss

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.1	Umbesetzung von Ausschüssen hier: Planungs- und Umweltausschuss	042/2007

1.2	Umbesetzung des Partnerschaftsausschusses	051/2007
2	Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 12 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung"	044/2007
3	Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG	047/2007
4	Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an Trianel European Energy Trading GmbH	048/2007
5	Zukunftssicherung des Hellmig-Krankenhaus Kamen in kommunaler Trägerschaft als gemeinnützige Gesellschaft mbH auf der Grundlage eines Sanierungstarifvertrages	041/2007
6	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2006	039/2007
7	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH	040/2007
8	Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2006	034/2007
9	Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2006	033/2007
10	Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2006	043/2007
11	Einführung einer Windeltonne für Kleinkinder und die Erwachsenenpflege hier: Antrag der CDU-Fraktion	
12	Einwohnerfragestunde	
13	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.1.
042/2007 Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Planungs- und Umweltausschuss

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung im Planungs- und Umweltausschuss:

Stellvertretender sachkundiger Bürger

Bisher: Herr Dr. Holger Preuß

Neu: Herr Helmut Krause

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 1.2.
051/2007 Umbesetzung des Partnerschaftsausschusses

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umsetzung:

Partnerschaftsausschuss
Ordentliches Mitglied

bisher: Herr Norbert Drüke
neu: Herr Patrick Goik

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
044/2007 Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 12 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 18 Ka-HW "Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung"

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des ersten Teils des Gesetzes vom 03.05.2005 (GV NRW S. 498)

Es erklärte sich kein Ratsmitglied für befangen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung“

Gemarkung Heeren-Werve; Flur 2; Flurstücke 63, 70, 83, 405, 481, 566, 571, 759 tlw., 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959

gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB i.V.m. § 7 sowie § 41 GO NW die vorgelegte Satzung über die Veränderungssperre Nr. 11 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 18 Ka-HW „Hans-Böckler-Straße / THS-Siedlung“ gem. dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
047/2007 Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an der Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass sich die erfolgten bzw. geplanten Beteiligungen der GSW mit der Liberalisierung des Energiemarktes begründen. Für die Stadtwerke stelle der Energiebezug eine wichtige strategische Aufgabe dar mit dem Ziel, unabhängig von den vier großen Anbietern am Markt günstige Einkaufspreise zu sichern.
Der Vorteil der Beteiligung an einem Gasspeicher sei die Ausschöpfung von günstigen Gaspreisen vor allem in den Sommermonaten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der GSW vom 31.05.2006 an und stimmt der Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen an der Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG als Kommanditist mit einer Kommanditeinlage von maximal 1.040.000 € (4 % Gesellschaftsanteil) zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
048/2007 Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen - Bönen - Bergkamen an Trianel European Energy Trading GmbH

Herr **Baudrexl** führte aus, dass durch den Zusammenschluss von Stadtwerken und regionalen Energieversorgern unter dem Dach der Trianel European Energy Trading GmbH (kurz: Trianel) eine Stärkung ihrer Situation am Energiemarkt erreicht werde. Bei der Beteiligung an diesem Unternehmen könne man von einer Wertschöpfung ausgehen, da die Trianel weitgehende Dienstleistungen für ihre Gesellschafter anbiete.

Laut Herrn **Wiedemann** habe Trianel auf dem Gasmarkt eine große fachliche Kompetenz. Darüber hinaus sei der Ausbau der regenerativen Energien geplant. Durch die Beteiligung an Trianel sei eine sichere und günstige Energieversorgung gewährleistet. Die SPD-Fraktion stimme daher dem Beschlussvorschlag zu.

Nach Meinung von Herrn **Kühnapfel** sei die Trianel, in der sich mehrere kommunale Träger zusammen geschlossen haben, sinnvoll, um gegenüber großen Energieversorgern bessere Konditionen am Markt zu erzielen. Die energiepolitische Ausrichtung dieser Gesellschaft sei jedoch kritisch zu sehen, da noch zu wenig im regenerativen Bereich investiert werde. Trotzdem stimme seine Fraktion der Beteiligung der GSW an der Trianel zu.

Herr **Grosch** vertrat die Ansicht, dass Trianel zu sehr auf Kohlekraft setze. Positiv zu werten sei, dass im Vergleich zu anderen Energieversorgern ein besserer Energiemix gegeben sei. Daher unterstütze er die Beteiligung der GSW an der Trianel.

Herr **Kaminski** erläuterte, dass durch den Zusammenschluss eine Optimierung der Energieversorgung erreicht werden könne, die dem Bürger zugute komme. Da die Beteiligung der GSW an Trianel somit zum Wohle der Bürger sei, stimme seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Den Ausführungen seiner Vorredner schloss sich Herr **Kissing** an und unterstrich die Bedeutung der Beteiligung hinsichtlich der Energieversorgung für die Bürger. Aus diesem Grund stimme auch seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Herr **Knop** gab für die FDP-Fraktion ebenfalls seine Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 22.05.2007 an und ermächtigt die Vertreter, in der Gesellschafterversammlung der GSW folgende Beschlüsse zu fassen:

1. die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen beteiligt sich unmittelbar mit einer Stammeinlage in Höhe von 150.000 Euro, derzeit einem Geschäftsanteil von 1,06 % entsprechend, an der Trianel European Energy Trading GmbH und deren Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen gemäß vorgelegter Anlage „Mittelbare Beteiligung...“,

2. zusätzlich zur Stammeinlage wird ein Aufgeld für den Beitritt entrichtet, welches ab dem 01.01.2007 260 % der Stammeinlage, somit 390.000 Euro beträgt,

3. die GSW als künftiger Gesellschafter stimmt bereits jetzt zukünftigen Erhöhungen des Stammkapitals der Trianel European Energy Trading GmbH sowie der Übernahme neuer Stammeinlagen durch Dritte bzw. durch Gesellschafter zu.

   Diese Zustimmung ist an folgende Bedingung gebunden:

   Der prozentuale Kapitalanteil der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen darf nicht auf weniger als ¼ des am 20.06.2007 bestehenden Anteils absinken.

   Die Stammeinlage der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen muss im angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen stehen und darf nicht auf mehr als 200 % des am 20.06.2007 bestehenden Anteils erhöht werden; eine darüber hinaus gehende Einlage steht unter dem Vorbehalt vorheriger Beschlussfassung in den zuständigen Gremien der GSW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
041/2007

Zukunftssicherung des Hellmig-Krankenhaus Kamen in kommunaler Trägerschaft als gemeinnützige Gesellschaft mbH auf der Grundlage eines Sanierungstarifvertrages

Zu dem Sanierungskonzept zur Zukunftssicherung des Hellmig-Krankenhauses nahm Bürgermeister **Hupe** Stellung. Mit dem Sanierungstarifvertrag solle erreicht werden, das Krankenhaus auf der Grundlage der vom Rat im Jahr 2005 getroffenen Grundsatzentscheidungen weiterhin als Haus der medizinischen Grund- und Regelversorgung in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten und die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern. Mit dem Vertrag werde auch die öffentliche Trägerschaft durch die Stadt Kamen für die Dauer von zunächst weiteren 6 Jahren garantiert. Er gab zu bedenken, dass die allgemein ungünstige wirtschaftliche Entwicklung der Krankenhäuser in den vergangenen Jahren nicht auf Fehlentscheidungen der Träger oder die Betriebsführung selbst zurückzuführen sei. Ursächlich sei die geänderte Krankenhausfinanzierung mit stringenten Rahmenbedingungen.
Mit den vereinbarten Regelungen des Sanierungstarifvertrags werde das Ziel verfolgt, die wirtschaftlichen Grundlagen zu korrigieren. Dabei bestehe Einigkeit seitens der Tarifpartner, dass auch weiterhin die Beschäftigten des Krankenhauses tariflich bezahlt werden. Eine Vereinbarung über die zeitliche Beschränkung auf 6 Jahre sei unter haushaltsrechtlichen Grundsätzen erforderlich und vertretbar. Zu diesem Punkt der befristeten Trägerübernahmegarantie werde der Rat deshalb um seine Zustimmung gebeten.
Bürgermeister Hupe wies darauf hin, dass der Sanierungstarifvertrag erst in Kraft treten werde, wenn die derzeit noch laufenden Verhandlungen mit dem Marburger Bund als Interessenvertretung der Ärzteschaft erfolgreich abgeschlossen werden. Da die Ärzte und Ärztinnen des Krankenhauses in

einem Positionspapier bereits ihre Bereitschaft signalisiert hätten, den Sanierungstarifvertrag in gleicher Weise unterstützen zu wollen, wie das Pflegepersonal, sei er verhalten optimistisch, bald zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen. Jedoch sei mit einem Vertragsabschluss bis zum 01.07.2007 nicht zu rechnen.
Abschließend dankte er allen an diesem Sanierungspaket Beteiligten für ihr Engagement, ohne das die Sanierung im Schulterschluss nicht realisierbar wäre. Insbesondere sprach er Dank an den Betriebsrat und an die Belegschaft des Krankenhauses aus, die sich an der Urabstimmung nahezu vollständig beteiligt habe und einem Lohnverzicht zur Sanierung der Finanzlage des Krankenhauses zugestimmt habe.

Herr **Wiedemann** teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Seitens der Fraktion werde besonders die Bereitschaft der Mitarbeiter gewürdigt, durch Lohnverzicht ihren Beitrag zur Sanierung des Krankenhauses zu leisten.

Herr **Knop** erklärte, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde. Er habe Respekt vor der Entscheidung der Belegschaft, die letztlich eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft befürwortete. Jedoch sei die Führung eines Krankenhauses auch unter privater Trägerschaft wirtschaftlich möglich. Er wies auf die beiden Krankenhäuser in Unna hin.

Herr **Kloß** bestätigte das Erfordernis des Sanierungstarifvertrages. Er verbinde damit die Hoffnung, dass sich die Finanzlage mittelfristig nun tatsächlich positiv entwickeln werde. Daher stimme seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Bürgermeister **Hupe** ergänzte dazu, dass eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Vorfeld Plausibilitätsprüfungen über die Sanierungschancen durchgeführt und alternative Szenarien für eine mittelfristig wirtschaftliche Finanzentwicklung geprüft hätten.

Herr **Grosch** machte deutlich, dass er aufgrund der sehr hohen Zustimmung seitens der Belegschaft zum Sanierungstarifvertrag seine Zustimmung zur Vorlage gebe. Krankenhausprivatisierungen stehe er zudem kritisch gegenüber, weil sie meistens zu Lasten der Belegschaft vollzogen werden.

Herr **Kissing** führte auf, dass es sich bei dem vorliegenden Sanierungstarifvertrag um ein Verhandlungspaket handele, bei dem die Hauptlast von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen des Krankenhauses getragen werde. Aufgrund der geänderten Gesundheitswelt müsse man flexibel auf den Markt reagieren und ein eigenes Konzept finden, um das Krankenhaus dauerhaft erhalten zu können. Eine kürzere Vertragszeit mit einer Trägerübernahmegarantie von nur 5 Jahren habe er sich auch vorstellen können. Die CDU-Fraktion werde sich dennoch der Beschlussvorlage anschließen, zumal die Belegschaft diesem Vertrag bereits zugestimmt habe.

Abschließend verwies Herr Bürgermeister **Hupe** auf die noch laufenden Verhandlungen mit dem Marburger Bund und verdeutlichte, dass es zu einem Beitritt in den Kommunalen Arbeitgeberverband erst kommen werde, wenn eine Einigung gelinge.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen nimmt den Abschluss des Sanierungstarifvertrages positiv zur Kenntnis.

Er würdigt den finanziellen Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Überwindung der Notlage und zur Zukunftssicherung des Krankenhauses.

Der Rat beschließt die Aufrechterhaltung der kommunalen Trägerschaft in der Rechtsform der gemeinnützigen Gesellschaft mbH auf der Grundlage des § 8 Abs. 1 Satz 2 des vorgelegten Sanierungstarifvertrages in dem vereinbarten Zeitraum.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
039/2007 Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2006

Bürgermeister **Hupe** würdigte den Jahresabschluss, der gegenüber der Wirtschaftsplanung günstiger ausgefallen sei als erwartet. Das Ergebnis sei positiv zu bewerten.

Herr **Kloß** wies mit Blick auf die letzten Jahresabschlüsse darauf hin, dass sich keine große Veränderung ergeben habe. Er erkundigte sich, ob angesichts der allgemein positiven konjunkturellen Entwicklung mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Technopark Kamen GmbH zu rechnen sei.

Bürgermeister **Hupe** erklärte, dass er aus Sicht des Aufsichtsrates davon ausgehe, dass es positive Vermarktungseffekte geben werde. Er könne jedoch keine Prognose treffen, ob es zu einer Reduzierung des im Wirtschaftsplan 2007 ausgewiesenen Verlustes kommen werde. Das Vermietungsgeschäft entwickele sich jedenfalls günstig.

Herr Bürgermeister **Hupe** übergab die Sitzungsleitung an Herrn **Ebbinghaus**.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2006 wird in der vorgelegten Form festgestellt.

2. Der Lagebericht wird genehmigt.

3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 298.875,60 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
040/2007 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Nachstehende Ratsmitglieder nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Dreher, Britta
Hupe, Hermann
Kissing, Heinrich
Klanke, Heiko
Middendorf, Susanne
Müller, Ursula
Rickwärtz-Naujokat, Heinrich

Herr **Ebbinghaus** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister **Hupe** zurück.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH werden gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
034/2007 Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2006

Herr Bürgermeister **Hupe** übergab die Sitzungsleitung an Frau **Borowiak**.

Beschluss:

Auf eine Gewinnausschüttung in Höhe von 10% des Jahresüberschusses an den Gewährträger wird verzichtet, so dass der gesamte Jahresüberschuss in Höhe von 915.228,66 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen ist.

In den Zeitungen „Hellweger Anzeiger“ und „Westfälische Rundschau“ ist auf die Auslegung des festgestellten Jahresabschlusses mit Bestätigungsvermerk in den Kassenräumen der Städtischen Sparkasse Kamen hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
033/2007 Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2006

Nachstehende Ratsmitglieder nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Bartosch, Gabriele
Biedermann, Robert
Drescher, Dieter
Dyduch, Marion
Ebbinghaus, Dirk
Eckhardt, Joachim
Eisenhardt, Ralf
Hartig, Petra
Hasler, Reinhard
Hupe, Hermann
Jung, Renate
Kissing, Heinrich
Kühnapfel, Klaus-Bernhard
Lipinski, Friedhelm
Mann, Annette
Schneider, Karl-Adolf
Weigel, Wilfried

Frau **Borowiak** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister **Hupe** zurück.

Beschluss:

Den Organen der Städtischen Sparkasse Kamen wird gem. § 27 Abs. 3 Sparkassengesetz (SpkG NRW) hinsichtlich des Jahresabschlusses 2006 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
043/2007 Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2006

In seinen Ausführungen wies Herr **Kaminski** zunächst auf das gute Ergebnis der Stadtentwässerung Kamen (SEK) hin. Des weiteren ging er auf die Hochwasserproblematik in dieser Stadt ein. Angesichts des Jahresgewinnes 2006 solle für durch Hochwasser geschädigte Bürger ein finanzieller Beitrag seitens der SEK gewährt werden. Da die Bürger ihre Beiträge für die Abwasserbeseitigung zahlen würden, sei es naheliegend, wenn bei erhöhten Regenfällen und einer somit nicht regulären Situation für die daraus resultierenden Schäden die Stadt aufkomme. Er erkundigte sich ebenfalls, ob die Verwaltung über Zahlenmaterial über die Häufigkeit von

Hochwasserschäden im Stadtbezirk verfüge. Er erklärte, dass er sich aufgrund der geschilderten Probleme bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr **Baudrexl** erinnerte an die detaillierten Erläuterungen über die Hochwasserproblematik in der gestrigen Betriebsausschusssitzung.

In der anschließenden teilweise kontrovers geführten Debatte wurde auf die Argumentation von Herrn Kaminski eingegangen.
Abschließend bat Bürgermeister **Hupe** um Sachlichkeit und Unterlassung personenbezogener Wertungen innerhalb des Gremiums.

Beschluss:

Die folgenden Punkte 1 und 2 werden vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zum Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl und Partner GmbH beschlossen:

1. Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2006 in der vorliegenden Form fest.

2. Der Jahresgewinn 2006 von 590.420,22 Euro wird in Höhe von 461.717,61 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt und der verbleibende Überschuss von 128.702,61 € auf das Wirtschaftsjahr 2007 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Einführung einer Windeltonne für Kleinkinder und die Erwachsenenpflege
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Für die CDU-Fraktion erläuterte Frau **Scharrenbach** die mit dem Antrag verbundenen Intention. Die Einführung einer Windeltonne setze eine Prüfung seitens der Verwaltung voraus, da die Firma Welge für die Stadt Kamen als Entsorger tätig sei. Wegen verschiedener Entsorgungsmodelle sei eine finanzielle Bewertung aus haushaltstechnischer Sicht erforderlich.

Frau **Dyduch** erklärte, dass sich seitens der SPD-Fraktion viele Fragen aufgetan hätten. Da es sich bei dem Antrag um einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung handele, werde dem Antrag zugestimmt. Eine abschließende Entscheidung behalte sich die Fraktion nach erfolgter Prüfung vor.

Herr **Kühnapfel** schloss sich den Ausführungen von Frau Dyduch an. Seine Fraktion stimme einem Prüfauftrag ebenfalls zu, um Eckdaten vorgelegt zu bekommen.

Für die Verwaltung legte Herr **Baudrexl** dar, dass eine entsprechende Prüfung vor den jährlichen Gebührenkalkulation erfolgen werde. Insoweit könne eine Aussage zu der Einführung einer Windeltonne zum Ende des Jahres getroffen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

Radwegereinigung

Herr **Kaminski** schilderte kurz die Beschaffenheit einiger Radwege mit wassergebundenen Decken. Er habe verstärkt Glasscherben auf den Wegen feststellen müssen, was sehr unangenehm für Radfahrer sei. Er erkundigte sich, ob der Bauhof Geräte besäße, die diese Scherben auf den Radwegen maschinell beseitigen könnten.

Die Frage nach speziellen technischen Reinigungsgeräten wurde von Herrn **Baudrexl** verneint. Die Säuberung der Radwege erfolge seines Wissens nach in regelmäßigen Zeitabständen. Eine intensivere Reinigung lasse der Personalbestand nicht zu.

Lärmschutzwall

Herr **Grosch** bat um Informationen hinsichtlich des geplanten Lärmschutzwalles am Autobahnkreuz A1/A2. Er habe aus der Presse erfahren, dass mittlerweile unterschiedliche Meinungen bezüglich des Baus vertreten würden.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass der Lärmschutzwall von einer Tochtergesellschaft der Kreishandwerkerschaft gebaut werde. Die Maßnahme werde refinanziert durch die Anhäufung aufbereiteter Böden. Da der Wall innerhalb eines Naturschutzgebietes errichtet werden solle, sei zunächst der Kreis Unna zuständig, eine naturschutzrechtliche Befreiung zu erteilen. Dies sei durch mehrheitliche Beschlussfassung des Kreistages erfolgt. Des weiteren sei noch eine Zustimmung seitens der Bezirksregierung Arnsberg erforderlich. Ebenfalls habe der Kreis Unna als Wasserbehörde eine wasserrechtliche Genehmigung auszusprechen. Im Anschluss daran könne die Stadt Kamen für dieses Bauvorhaben eine entsprechende Baugenehmigung erteilen. Zuvor müßten jedoch noch einige Grundstücksfragen geklärt werden.

Herr Baudrexl wies darauf hin, dass vor Erteilung der Baugenehmigung der Sachstand im Planungs- und Umweltausschuss erörtert werde.

Verkehrsflächenbericht

Frau **Scharrenbach** bezog sich auf einen Antrag der CDU-Fraktion zu den kommunalen Verkehrsflächen, der in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 25.04.2006 thematisiert wurde. Es wurde beschlossen, dass die Verwaltung im Rahmen des Haushaltsplanes 2006 einen Bericht über das städtische Straßenvermögen einschließlich der daraus zu entwickelnden Prioritäten hinsichtlich des Sanierungsbedarfes und der anfallenden Sanierungskosten verfassen werde und dem Gremium dann vorlege. Sie bat um Sachstandsmitteilung.

Herr **Baudrexl** sagte zu, einen Bericht über die zur Eröffnungsbilanz vorgenommene Klassifizierung und Bewertung der Straßen nach der Sommerpause vorzulegen. Unter anderem aufgrund personeller Veränderungen in dem zuständigen Fachbereich sei eine frühere Bearbeitung und Vorlage des geforderten Berichtes nicht realisierbar gewesen. Er gab zu bedenken, dass es auch weiterhin kurzfristig nicht leistbar sei, den Sanierungsaufwand detailliert, bezogen auf jede einzelne Straße, darzulegen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Kein Diskussionspunkt

gez. Hupe
Vorsitzender

gez. Lantin
Schriftführer